

# **Merz von der CDU wird nächster Bundeskanzler Deutschlands – Deutschland wird von Putin und Trump hin und her geworfen**

*Von Hiroomi Fukuzawa, Berlin*

## **I. Wahlergebnis und Koalitionsverhandlungen**

- Altersanalyse der Parteipräferenzen
- Merz' radikaler Kurswechsel in der Haushaltspolitik
- Amerikas Wandel und Deutschlands Krisenbewusstsein
- Historische Zeitenwende
- Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag

## **II. Kriegshysterie und Rückkehr der Wehrpflicht?**

- Neue russische Offensive: Kriegshysterie oder realistisches Szenario?
- Zerfall des atlantischen Bündnisses
- US-Truppen in Deutschland
- Rückkehr der Wehrpflicht?

## **III. Die Herausforderungen der schwarz-roten Merz-Regierung**

Bei der Bundestagswahl wurde die CDU/CSU stärkste Kraft, und damit steht fest: Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU und Vertreter der konservativen Partei, wird der nächste Bundeskanzler. Koalitionspartner ist die SPD. Kaum begannen die Koalitionsverhandlungen, überraschte Merz die Öffentlichkeit, indem er im faktisch inaktiven Bundestag ein riesiges Finanzpaket durchsetzte.

Vor der Wahl war Donald Trump erneut US-Präsident geworden und hatte – wie Putin – die deutsche Politik durch geopolitische Verschiebungen beeinflusst. Ein Resultat davon ist die Debatte um eine Stärkung der deutschen Verteidigung und die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht – teils als „Kriegshysterie“ bezeichnet.

## **I. Wahlergebnis und Koalitionsverhandlungen**

Am 23. Februar 2025 fand die Bundestagswahl statt, mit folgendem Ergebnis:

	UNION	SPD	Grüne	AfD	FDP	BSW	Linke	u.a.
23.02	28.5%	16.4%	11.6%	20.8%	4.3%	4.9%	8.8%	4.7%
2021	+4.4	-9.3	-3.1	+10.4	-7.1		+3.9	
Umfrage*	30%	14%	15%	21%	4%	4%	4%	
Sitze	208	120	85	152			64	SSW = 1

*Quelle: Bundeswahlleiter*

*\*Prognose basierend auf ZDF-Umfrage vom 10. Januar*

Die Wahlbeteiligung lag mit 82,5 % so hoch wie seit der Wiedervereinigung 1990 nicht mehr – ein Zeichen für das große öffentliche Interesse. Im Fokus stand, ob das BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) die 5%-Hürde überspringen würde. Wäre dies gelungen, hätten CDU/CSU und SPD keine Mehrheit gehabt und die Grünen wären als Koalitionspartner nötig gewesen – das hätte eine Dreierkoalition wie unter Scholz bedeutet, mit entsprechend schwieriger Regierungsbildung. Am Ende fehlten dem BSW 14.000 Stimmen.

Die Union wurde zwar wieder stärkste Kraft, blieb aber wegen der Unbeliebtheit von Kanzlerkandidat Merz unter den Erwartungen und erreichte nicht die angestrebten 30 %. Die Ampelparteien verloren durchweg Stimmen, besonders die SPD, die mit 16,4 % ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis erzielte. Die FDP schaffte es nicht über die 5%-Hürde und verlor alle Sitze. Parteichef Lindner erklärte noch am Wahlabend seinen Rücktritt als Politiker. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln und wurde zweitstärkste Kraft. Überraschend war auch das starke Abschneiden der Linken, die nach der Abspaltung des BSW eigentlich als chancenlos galt, aber in den letzten Wochen einen Endspurt hinlegte.

Auslöser war ein von Merz am 29. Januar eingebrachter Bundestagsantrag, der die Zurückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Grenze forderte. SPD und Grüne lehnten ab, die AfD stimmte zu – was eine faktische Aufhebung der bisherigen „Brandmauer“ gegen die AfD bedeutete. Die Rede von Heidi Reichinnek (Linke) dazu wurde über 30 Millionen Mal in sozialen Medien aufgerufen und dürfte der Linken 3 % mehr Stimmen gebracht haben. Umgekehrt wird gemutmaßt, dass die CDU deshalb die 30 %-Marke verfehlte.

## **Altersanalyse der Wahlergebnisse**

- CDU/CSU: Besonders stark bei Wählern bei 45–60 (33–43 %), schwach bei 18–34 (13–17 %)
- SPD: Steigt mit dem Alter, über 60-Jährige >20 %, bei 18–45 nur 12–13 %
- AfD: Über alle Altersgruppen von 18–59 gleichmäßig >20 %

- Grüne: Über 10 % von 18–69, wenig Altersunterschiede
- Linke: Besonders stark bei 18–25 (25 %), bis 34 (16 %)

Die künftige Regierungskoalition wird vor allem von den über 60-Jährigen getragen. AfD erhält generationenübergreifend stabile Unterstützung.

Die einzige realistische Koalition war CDU/CSU mit SPD (zusammen 328 von 630 Sitzen, 13 über der Mehrheit). AfD und Linke kommen zusammen auf 216 Sitze und erreichen damit die Sperrminorität für Grundgesetzänderungen. Die CDU schließt eine Zusammenarbeit mit AfD und Linken aus.

### **Merz' radikaler Kurswechsel in der Haushaltspolitik**

Direkt nach Beginn der Koalitionsgespräche vollzog Merz einen radikalen Kurswechsel: Weg von der traditionellen Haushaltsdisziplin, hin zu massiven Mehrausgaben. Während des Wahlkampfs hatte er noch versprochen, die Schuldenbremse nicht anzutasten. Doch nach der Wahl und angesichts der neuen geopolitischen Lage – insbesondere nach der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar und Trumps Ankündigungen zum Ukraine-Krieg – wurde klar, dass die USA als Partner zunehmend unzuverlässig sind.

Trotzdem behaupteten Merz und die CDU zunächst, dass Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen durch Einsparungen im Sozialhaushalt und im Rahmen des regulären Budgets finanzierbar seien. Doch angesichts der Koalition mit der SPD war klar, dass massive Kürzungen nicht durchsetzbar sind.

### **Historische Zeitenwende**

Am 28. Februar wurde in der Öffentlichkeit sichtbar, wie sehr sich das Verhältnis zu den USA unter Trump geändert hatte, als der ukrainische Präsident Selenskyj im Oval Office von Vizepräsident Vance und Trump brüskiert wurde – ein Schock für ganz Europa. Innerhalb von zwei Wochen drehte Merz seine Haushaltspolitik: Er überzeugte die Parteiführung und dann SPD und Grüne.

Kernpunkte:

- 900 Mrd. Euro neue Schulden für Verteidigung und Infrastruktur (mehr als das Doppelte des Bundeshaushalts)
- Aufhebung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben (über 1 % des BIP)
- 400 Mrd. Euro für Verteidigung über 10 Jahre (inkl. Ukraine-Hilfe)

- 500 Mrd. Euro Sondervermögen für Infrastruktur (über 12 Jahre, davon 100 Mrd. für Klimaschutz, 100 Mrd. für die Länder)
- Auch die Länder dürfen künftig bis 0,35 % des BIP Schulden machen

Die Opposition kritisierte den Kurswechsel als Wortbruch. Laut ZDF-Umfrage vom 21. März meinten 73 % der Befragten, Merz habe die Wähler getäuscht. Auch in der CDU wächst der Unmut.

### **Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag**

Ab 15. März verhandelten 256 Vertreter in 16 Fachgruppen. Am Ende einigten sich CDU-Chef Merz, CSU-Chef Söder und die SPD-Vorsitzenden Klingbeil und Esken. Merz und Klingbeil erklärten, dass sie ein Vertrauensverhältnis-duzen-aufgebaut hätten.

Klingbeil, 47, wird wohl Vizekanzler und Finanzminister. Bemerkenswert: Weder der neue Kanzler noch der Vizekanzler haben Verwaltungserfahrung, beide sind Fraktionsvorsitzende.

In Deutschland steigen Politiker meist von der Parteibasis auf, Verwaltungserfahrung ist nicht zwingend. Erbliche Mandate sind selten – ein Kontrast zu Japan.

Am 9. April einigten sich CDU/CSU und SPD auf den Koalitionsvertrag „Deutschlands Verantwortung“. Die wichtigsten Punkte:

1. **Finanzpolitik:** Grundgesetzänderung zur Lockerung der Schuldenbremse, mehr Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur
2. **Wirtschaft:** Zwei Jahre steuerfreie Investitionen, ab dem dritten Jahr Senkung der Körperschaftsteuer, Steuererleichterungen für niedrige und mittlere Einkommen, Digitalisierung und Verwaltungsreform
3. **Migration/Asyl:** Abweisung illegaler Einreisen an der Grenze, Wiederaufnahme von Abschiebungen, Begrenzung des Familiennachzugs
4. **Soziales:** Mindestlohn auf 15 Euro, Rentenniveau (48 %) bis 2031 garantiert
5. **Außen/Verteidigung:** Unterstützung der Ukraine, engere Zusammenarbeit mit der NATO

Bei den Punkten Grenzschutz und Mindestlohn gibt es weiterhin Differenzen zwischen Union und SPD, aber weitere Verhandlungen sind nicht geplant.

Nach Zustimmung aller drei Parteien soll Merz am 6. Mai im Bundestag zum Kanzler gewählt werden, danach werden die Ministerposten bekannt gegeben.

## II Kriegshysterie und die Rückkehr der Wehrpflicht?

### Neue russische Offensive: Kriegshysterie oder realistisches Szenario?

In Deutschland wird derzeit ernsthaft das Szenario diskutiert, dass Putin nach dem Angriff auf die Ukraine auch die baltischen Staaten, insbesondere Litauen, ins Visier nehmen könnte. Diese Überlegungen stammen von renommierten Militär- und Sicherheitsexperten wie Professor Masala (Internationale Militärpolitik, Bundeswehr Universität München), Professor Neitzel (Militärgeschichte, Universität Potsdam) und Generalinspekteur Breuer. Professor Neitzel äußerte: „Vielleicht ist dieser Sommer der letzte Sommer, den wir noch im Frieden erleben“.

Konkret ist für Oktober dieses Jahres ein großes russisch-belarussisches Militärmanöver an der litauischen Grenze geplant. Experten befürchten, dass Putin dies unter dem Vorwand des Schutzes russischer Minderheiten nutzen könnte, um mit russischen Truppen in Litauen einzumarschieren und grenznahe Kleinstädte zu besetzen, um die Reaktion der NATO zu testen. Da Litauen Mitglied der NATO ist, würde im Ernstfall der Bündnisfall nach Artikel 5 eintreten. Allerdings bleibt offen, in welchem Umfang die einzelnen NATO-Mitglieder Truppen entsenden würden – insbesondere ein militärisches Engagement der USA unter Präsident Trump gilt als fraglich. Die anderen NATO-Staaten müssten entscheiden, ob sie das Risiko eines umfassenden Krieges mit Russland eingehen oder nicht reagieren. Ab 2027 soll eine deutsche Panzerbrigade mit 5.000 Soldaten dauerhaft in Litauen stationiert werden, eine 500 Mann starke Vorausabteilung wird bereits dieses Jahr entsandt<sup>513</sup>.

Laut Experten könnte nach einem möglichen Waffenstillstand in der Ukraine Russland etwa drei Jahre benötigen, um seine Streitkräfte personell wieder aufzufüllen – also wäre ab 2028/29 ein neuer Angriffskrieg denkbar. Deshalb fordern Fachleute, dass die europäischen NATO-Mitglieder ihre Verteidigungsfähigkeit rasch stärken. Nur eine glaubhafte Abschreckung könne Putin von weiteren Angriffen abhalten.

Die Realität solcher Szenarien wird unterschiedlich bewertet: Auch vor dem Angriff auf die Ukraine 2022 gab es russische Großmanöver an der Grenze, und viele Experten hielten damals einen Einmarsch für unwahrscheinlich – bis es tatsächlich geschah. Daher gibt es in Deutschland breite Forderungen nach einer schnellen Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit. Die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben durch Merz wird daher überwiegend begrüßt. Auch auf EU-Ebene ist ein Verteidigungsfonds von vier hundert Milliarden Euro) in Planung. Obwohl die Verteidigungsbudgets der EU-

Staaten zusammengerechnet das russische Budget übersteigen, fehlt es an Standardisierung und Kompatibilität der Waffensysteme – ein Problem, das nun angegangen werden soll.

Gleichzeitig gibt es kritische Stimmen, die diese Entwicklung als „Kriegshysterie“ bezeichnen. Der Philosoph Richard David Precht etwa argumentiert, Russland habe nach dem verlustreichen Ukrainekrieg weder die Mittel noch die Kraft, einen Angriff auf die NATO zu wagen, und bezeichnet entsprechende Szenarien als „Märchen“.

### **Das Ende des atlantischen Bündnisses**

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Deutschland dank amerikanischer Hilfe (Marshallplan) und als Teil des westlichen Bündnisses wiederaufgebaut werden. Die CDU als Hauptkraft des Konservatismus pflegte stets eine enge Bindung an die USA („Atlantiker“). Doch unter Trump wird diese Tradition offen in Frage gestellt; die USA drohen sogar, Truppen aus Deutschland abzuziehen und sie in „befreundete“ Länder wie Ungarn zu verlegen.

### **US-Truppen in Deutschland**

In Deutschland sind rund 35.000 US-Soldaten auf drei großen Stützpunkten stationiert: Wiesbaden (größte US-Basis im Ausland), Stuttgart (US Africa Command) und Ramstein (US-Luftwaffenbasis, NATO-Hauptquartier). Deutschland trägt erhebliche Kosten für die Stationierung, zuletzt rund 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Ein zentrales Problem im Bündnis mit den USA ist die Frage der „nuklearen Abschreckung“: Würde die USA im Ernstfall tatsächlich den „nuklearen Schutzschirm“ für Europa aktivieren? Unter Trump gilt das als unsicher. Frankreich bietet deshalb den europäischen NATO-Partnern einen eigenen atomaren Schutzschirm an, verlangt aber von Deutschland finanzielle Unterstützung für die Entwicklung neuer taktischer Nuklearwaffen.

### **Rückkehr der Wehrpflicht?**

Angesichts der imperialen Ambitionen Putins wird in Deutschland zunehmend gefordert, als größtes Land Europas mehr zur Verteidigung der Demokratie beizutragen. Deutschland verfügt zwar über große finanzielle, industrielle und technologische Ressourcen, aber das Hauptproblem ist der Personalmangel in der Bundeswehr: Derzeit besteht sie aus 182.000 Berufs- und Zeitsoldaten, darunter 25.000 Frauen. Zu Zeiten des Kalten Krieges hatte die Bundeswehr noch 500.000 Soldaten und 170.000 Zivilbeschäftigte. 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, nicht abgeschafft – eine einfache Mehrheit im Bundestag könnte sie wieder einführen.

Generalinspekteur Breuer betont, dass der Bundeswehr aktuell 100.000 Soldaten fehlen und eine Rückkehr zur Wehrpflicht notwendig sei. Die CDU/CSU spricht sich klar dafür aus, während die SPD vorsichtiger ist. Verteidigungsminister Pistorius (SPD) schlägt ein Modell nach schwedischem Vorbild vor: Zunächst werden Freiwillige gesucht, reicht das nicht aus, wird eine Auswahl getroffen. Auch Frauen könnten – nach einer Grundgesetzänderung – einbezogen werden. Wer nicht zum Wehrdienst einberufen wird oder sich verweigert, könnte wie früher einen Ersatzdienst im sozialen Bereich leisten.

Unabhängig vom Modell würde eine Rückkehr zur Wehrpflicht einen tiefgreifenden Wandel für die deutsche Gesellschaft bedeuten – für Wirtschaft, Bildung, Familien und das Selbstbild der Jugend. Für eine Umsetzung müssten Wehrrämter, Kasernen und ein Netzwerk mit Behörden und Schulen neu aufgebaut werden – das kostet Zeit und Geld.

Derzeit ist das Buch „Ich werde niemals für mein Land zur Waffe greifen“ von Ole Nymoen (27) ein Bestseller. Er kritisiert die zunehmende Militarisierung der deutschen Gesellschaft und sagte in einer Talkshow: „Lieber lebe ich unfrei, als für die Freiheit zu sterben.“ Eine Meinung, der viele junge Menschen zustimmen.

Laut einer YouGov-Umfrage vom März 2025 befürworten 58 % der Deutschen die Rückkehr zur Wehrpflicht, 34 % sind dagegen. Unter den 18- bis 29-Jährigen sind nur 33 % dafür, aber 61 % dagegen; bei den über 60-Jährigen sind 70 % dafür und über 20 % dagegen. Nach Parteien betrachtet: CDU/CSU, AfD, SPD und FDP-Anhänger sind zu über 60 % für die Wehrpflicht, bei Grünen und Linken sind es nur 40 %, während 50 % dagegen sind.

### **III. Die Merz-Schwarz-Rot-Regierung vor gewaltigen Herausforderungen**

Die größte Aufgabe der sogenannten Schwarz-Rot-Regierung unter Merz (in Deutschland werden Parteien farblich bezeichnet: die Union ist schwarz, die SPD rot, daher „Schwarz-Rot-Regierung“) besteht darin, die als „kranker Mann Europas“ bezeichnete, seit drei Jahren schrumpfende Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zu führen. Doch die wirtschaftlichen Fundamentaldaten sind schlecht, die Stagnation ist ernst. Deutschland droht, wie einst Japan, in ein „verlorenes Jahrzehnt“ zu geraten. Hinzu kommt als externer Faktor, dass Trumps Zollpolitik die Erholung der deutschen Wirtschaft zusätzlich erschwert.

Laut einer ZDF-Umfrage vom 11. April ist die Unterstützung für die Union auf 26 % gefallen und wird von der AfD mit 24 % beinahe eingeholt. 51 % der Befragten glauben nicht, dass die Merz-Schwarz-Rot-Regierung die vielfältigen Probleme lösen kann. Besonders beim Thema Wirtschaft erwarten nur 35 % eine Verbesserung, 19 % rechnen mit einer Verschlechterung und 44 % mit keiner Veränderung – zwei Drittel haben also keine

Hoffnung auf Besserung. Beim drängenden Thema Migration erwarten 30 % Verbesserungen, 19 % Verschlechterungen und 54 % keine Veränderung – auch hier sind die Erwartungen gering. Andererseits glauben 56 %, dass die neue Regierung besser arbeiten wird – wohl im Vergleich zu den drei Jahren der Ampelkoalition, die von inneren Streitigkeiten geprägt waren.

Die Merz-Schwarz-Rot-Regierung wurde am 6. Mai im Bundestag gewählt und nimmt nun ihre Arbeit auf. Literarisch gesprochen: Das schwer angeschlagene, gebrauchte Schiff „Deutschland“ geht mit ausgetauschtem Kapitän und neuer Mannschaft auf stürmische See, in der die Hurrikans namens Putin und Trump toben. Wird der neue Kapitän Merz das Schiff sicher steuern können? Werden die Hurrikans noch stärker oder legen sie sich? Sicher ist nur: Es ist eine Fahrt ins Ungewisse.

(Berlin, 24. April 2025)